

Stand: 07.02.2026 22:30:30

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/18367

"Bayerisches Polizei-Logistikzentrum: Pro oder Contra? Entscheidungsfindung transparent halten"

---

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/18367 vom 28.09.2017
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/19585 des KI vom 05.12.2017
3. Beschluss des Plenums 17/20386 vom 25.01.2018
4. Plenarprotokoll Nr. 121 vom 25.01.2018



## Antrag

der Abgeordneten **Klaus Adelt, Inge Aures, Susann Biedefeld, Dr. Christoph Rabenstein SPD**

### **Bayerisches Polizei-Logistikzentrum: Pro oder Contra? Entscheidungsfindung transparent halten**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport zeitnah über das Ergebnis der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung des Präsidiums der Bayerischen Bereitschaftspolizei zur etwaigen Errichtung eines eigenen Polizei-Logistikzentrums zu berichten.

#### **Begründung:**

Die Versorgung der Bayerischen Polizei mit Dienstkleidung ist über ein Verwaltungsabkommen mit dem Land Niedersachsen bis Ende 2021 gesichert.

Vor diesem Hintergrund wurde das Präsidium der Bayerischen Bereitschaftspolizei damit beauftragt, im Rahmen eines Gutachtens zu prüfen, inwieweit der Aufbau eines eigenen Logistikzentrums für die Versorgung der Bayerischen Polizei mit Dienst- und Sonderbekleidung für die Zeit nach 2021 wirtschaftlich darstellbar ist. Gegenwärtig wird der Bericht im Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr (StMI) ausgewertet.

Da die Entscheidung über das Für- und Wider eines eigenen bayerischen Logistikzentrums von struktureller Tragweite ist, kann diese nicht allein auf Grundlage eines Wirtschaftlichkeitsgutachtens getroffen werden, sondern muss am Ende eines transparenten Prozesses der politischen Willensbildung- und Entscheidungsfindung stehen, in welcher der Landtag miteinzubeziehen ist.

Dem Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport muss deshalb zeitnah über das Ergebnis der besagten Wirtschaftlichkeitsuntersuchung ebenso Bericht erstattet werden, wie über dessen entsprechende Bewertung durch das StMI. Dabei soll im Falle einer Bewertung zugunsten eines eigenen bayerischen Logistikzentrums auf die Anforderungen in Frage kommender Standorte eines solchen eingegangen werden.



## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport**

**Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Inge Aures,  
Susann Biedefeld u.a. SPD**  
Drs. 17/18367

**Bayerisches Polizei-Logistikzentrum: Pro oder Contra? Entscheidungsfindung transparent halten**

### **I. Beschlussempfehlung:**

Zustimmung

Berichterstatter: **Klaus Adelt**  
Mitberichterstatter: **Ludwig Freiherr von Lerchenfeld**

### **II. Bericht:**

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 80. Sitzung am 8. November 2017 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 175. Sitzung am 5. Dezember 2017 mitberaten und einstimmig Zustimmung empfohlen.

**Dr. Florian Herrmann**  
Vorsitzender



## **Beschluss**

### **des Bayerischen Landtags**

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Antrag** der Abgeordneten **Klaus Adelt, Inge Aures, Susann Biedefeld, Dr. Christoph Rabenstein SPD**

Drs. 17/18367, 17/19585

### **Bayerisches Polizei-Logistikzentrum: Pro oder Contra? Entscheidungsfindung transparent halten**

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport zeitnah über das Ergebnis der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung des Präsidiums der Bayerischen Bereitschaftspolizei zur etwaigen Errichtung eines eigenen Polizei-Logistikzentrums zu berichten.

Die Präsidentin

I.V.

**Inge Aures**

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

**Präsidentin Barbara Stamm:** Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 3** auf:

### **Abstimmung**

**über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)**

Von der Abstimmung ausgenommen ist die Nummer 1 der Anlage zur Tagesordnung. Das ist der Antrag der SPD betreffend "Neuregelung der bundesstaatlichen Finanzbeziehungen – Negative Folgen für Autobahndirektion Süd entschärfen!" auf Drucksache 17/17180, der auf Wunsch der Fraktion gesondert beraten werden soll.

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

**Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 3)**

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
- (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
- (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
- (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
- (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen u. a. SPD  
Neuregelung der bundesstaatlichen Finanzbeziehungen – Negative Folgen für Autobahndirektion Süd entschärfen!  
Drs. 17/17180, 17/19745 (A)

**der Antrag wird gesondert beraten**

2. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Klaus Adelt, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer u. a. und Fraktion (SPD)  
Ländlichen Raum stärken – LEADER-Kürzung zurücknehmen  
Drs. 17/17304, 17/19591 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

**CSU**

**SPD**

**FREIE WÄHLER**

**GRÜ**



3. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,  
Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Gesamtkonzept für Rückführungen aus Bayern entwickeln  
Drs. 17/17480, 17/19601 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl,  
Natascha Kohnen u. a. SPD  
Arbeitsgesetzgebung 4.0 I:  
Überarbeitung der Vermittlungs- und Befristungspraxis  
Drs. 17/17790, 17/19484 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl,  
Natascha Kohnen u. a. SPD  
Arbeitsgesetzgebung 4.0 II: Verbesserung der Arbeitnehmerinnen- bzw.  
Arbeitnehmerrechte bei Fremdvergabe und betrieblicher Ausgliederung  
Drs. 17/17791, 17/19485 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>



6. Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen u. a. SPD  
Arbeitsgesetzgebung 4.0 III: Europarechtliche Aufwertung der Mitbestimmung und Senkung der Mindestarbeitnehmerinnen- bzw. Mindestarbeitnehmerzahl  
Drs. 17/17792, 17/19486 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen u. a. SPD  
Arbeitsgesetzgebung 4.0 IV: Weiterentwicklung des Transferkurzarbeitergelds hin zum Transformationskurzarbeitergeld  
Drs. 17/17793, 17/19487 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen u. a. SPD  
Arbeitsgesetzgebung 4.0 V: Teamzeit als reguläre Arbeitszeit  
Drs. 17/17794, 17/19488 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen u. a. SPD  
Arbeitsgesetzgebung 4.0 VI: Berufliche Weiterbildung stärker fokussieren  
Drs. 17/17795, 17/19489 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Inge Aures, Susann Biedefeld u. a. SPD  
Bayerisches Polizei-Logistikzentrum:  
Pro oder Contra? Entscheidungsfindung transparent halten  
Drs. 17/18367, 17/19585 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Inge Aures, Susann Biedefeld u. a. SPD  
Gemeinsam Nordbayern voranbringen. Regionale Zusammenarbeit unterstützen!  
Drs. 17/18684, 17/19586 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Dr. Herbert Kränzlein, Harald Güller, Günther Knoblauch u. a. SPD  
Ausbildung im Fachbereich Finanzwesen  
Drs. 17/18222, 17/19475

Votum des federführenden Ausschusses für  
Fragen des öffentlichen Dienstes

**der empfiehlt, den Antrag für erledigt zu erklären**